

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 30,- M., vierteljährlich 90,- M.
Anzeigen-Preise. Die Spalte 32 mm breite Zeile 7.- M., außerhalb Sachens 8.- M. Familienanzeigen unter 6000 und Wohnungsangeboten, 10000 bis 20000 die Zeile 5.- M. Tagesblätter laut Tarif. Sonstige Anzeigen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 1,50 M., Abonnementsgebühren 2.- M.

Druckort: Dresden.
 Verleger: C. G. Pfeiffer & Co., Dresden.
 Druck u. Verlag von Pfeiffer & Reichardt in Dresden.
 Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Schriftleitung und Hauptredaktion:
 Marienstraße 33/34.
 Druck u. Verlag von Pfeiffer & Reichardt in Dresden.
 Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Wachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Uninteressante Schreibweise werden nicht aufgenommen.

Clond George über die Reparationsfrage. Die neue Phase der Erfüllungspolitik.

Die Reparationsdebatte im englischen Unterhause.

London, 31. Mai. Im Unterhause eröffnete die Reparationsdebatte der Arbeiterführer Lloyd George. Er sagte, England sei der wahre Freund Frankreichs und wünsche von Herzen, dieser dauernd zu bleiben. Die Arbeiterklasse bewundere Frankreich und wünsche, daß diese Freundschaft aufrechterhalten werde. Es würde unglücklich sein, die Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich...

Aber Fragen der Politik zu verheimlichen oder zu unterdrücken. Wenn Frankreich in einem Punkte der Politik, der nicht mit der englischen Auffassung in Übereinstimmung gebracht werden könnte, anderer Ansicht sei, so könnten dennoch beide Länder ihre verschiedenen Wege gehen, ohne dabei ihre Freundschaft aufzugeben. Sicherheit für Frankreich läge nur in der Durchführung dessen, was gut ist, werden, was im Einklang mit dem Wohlfühlen sei. Man könne Deutschland vielleicht niederschmettern, aber dadurch würde man es für Deutschland weniger möglich machen, die geforderten Reparationen innerhalb der von den Alliierten festgesetzten Zeit zu bezahlen. Einen großen Teil des Lastens wegen der bestehenden Differenzen mit Frankreich treffe die britische Regierung, denn Frankreich sei durch die englischen Forderungen im Jahre 1918 irregeführt worden. Diese Forderungen hätten Frankreich bei der Verfolgung einer vernünftigen Politik ermöglicht. Lloyd George, für welche Zeit die...

aufgehoben worden sei durch die Vereinbarung, die in den letzten Tagen zwischen Frankreich und Deutschland durch die Reparationskommission erzielt worden sei, ob Großbritannien in irgendeiner Weise zur Teilnahme an einer weiteren Besetzung deutscher Gebiete verpflichtet sei und ob anlässlich der jetzt in Aussicht stehenden Regelung nicht der gegebene Augenblick gekommen sei, um die Zurückziehung der britischen und französischen Truppen aus dem besetzten Gebiete Deutschlands zu vereinbaren. Welche Einwände könnten gegen eine internationale Anleihe bestehen, wie sie vor kurzem von Deutschland vorgeschlagen wurde, um Deutschland in den Stand zu setzen, wenn auch nicht die gesamten Reparationen, so doch bestimmt einen großen Teil zu bezahlen? Können man dies nicht von Deutschland viel eher erlangen durch ein Übereinkommen oder durch ein Schiedsgericht als durch Anwendung von Gewalt? Eine Vereinbarung mit Deutschland innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft würde für alle Länder das Beste sein.

Kennwort erklärte bezüglich Russlands, es habe keinen Zweck, zu versuchen, Russland in die Gemeinschaft der Nationen zurückzubringen. Was Deutschland anbetreffe, so müßten die Reparationen bis zu dem Maße der Durchführbarkeit bezahlt werden. Wenn man wirklich die Lage Europas bessern wolle, müßte man alles anwenden, um die...

Zurückziehung der Besatzungsheere

zu erreichen, da sich diese Heere nicht als ein genügendes Mittel erweisen hätten, um Deutschland zu zwingen, und da man stets mit einer neuen Okkupation drohen müßte. Die Besatzungsheere haben bereits mehr verschlungen, als man von Deutschland erhalten habe. Jedermann, der die vermüllten Gebiete Frankreichs gesehen habe, könne sich noch ihrer Wiederherstellung. Wieviel von dieser Arbeit hätte jedoch bereits getan werden können, wenn das von den Besatzungsheeren verschlungene Geld zu Wiederbaufzwecken angewendet worden wäre. Wenn der Völkerbund zu einer Realität gemacht würde, wäre er eine viel bessere Verteidigung für Frankreich, als jeder Akt von Gewalt oder jedes militärische Bündnis.

Lloyd George

erklärte: Als die Diskussion vor einer Woche oder vor 14 Tagen erwartet wurde, sei die Frage der Reparationen etwas kritisch erschienen. Er wäre sehr erfreut, sagen zu können, daß die Spannung nachgelassen habe und daß die Angelegenheit anscheinend auf dem besten Wege sei, ausgeglichen zu werden. Die Reparationskommission habe gemäß dem Versailler Vertrag in Verbindung mit Vertretern der deutschen Regierung. Es seien Vorschläge und Gegenvorschläge gemacht worden und die deutsche Regierung habe eine Antwort auf die letzten Anregungen der Reparationskommission überliefert. Die Reparationskommission erwäge diese Antwort. Aber er sei jetzt nicht in der Lage, sagen zu können, wie deren endgültige Entscheidung ausfallen werde. Die Kommission nehme nach dem Versailler Vertrag eine richterliche Stellung ein. Daher wäre er als Sprecher der britischen Regierung nicht berechtigt, ihr irgendeinen Vorschlag zu machen, hinsichtlich des Ausmaßes, den sie einzuhalten sollte. Sie habe ihre Entscheidung noch nicht getroffen, aber er glaube, es könne angenommen werden, daß das kritische Aussehen, das die Reparationsfrage vor einigen Wochen hatte, augenblicklich vorüber sei. Unter diesen Umständen könne jede weitere Kennerung seinerseits nurzeit kann dienlich sein. Möglicherweise würde sie sogar schädlich sein.

Er wäre nach seinem sehr kurzen Vortrage zufrieden gewesen, seine Rede zu beenden, aber Lloyd George nötigte ihn fortzufahren, da er nicht zufrieden damit gewesen wäre, einige Fragen zu stellen und seine Ansichten zum Ausdruck zu bringen, sondern die ganze jetzige Schwierigkeit oder wenigstens einen großen Teil derselben gewiss bei der Wahl im Jahre 1918 gemachten Erklärungen aufschreiben. Es wird uns unterstellt.

Erwartungen in Frankreich hervorgerufen

zu haben, die wir nicht erfüllen können. Wenn tatsächlich irgendwelche Erwartungen hervorgerufen worden seien, so habe Frankreich jedenfalls nichts zu dem beigetragen, was bei der Gelegenheit gesagt worden sei. Er habe gesagt, es sei von einer Regierung nicht recht, falsche Hoffnungen bei der Menge zu erwecken. Er habe dann weiter gesagt, daß...

die finanziellen Machthaber der Regierung nicht der Ansicht seien, daß Deutschland volle Entschädigung bezahlen könne, daß er aber seine Meinung darüber äußern könne, bevor nicht eine neue Prüfung aller Umstände stattgefunden habe. Mit Rücksicht auf frühere Erörterungen, darzulegen, welches die Bestimmungen des Versailler Vertrages wären. Man hätte geglaubt, daß der Versailler Vertrag Deutschland Bedingungen auferlege. Das sei nicht der Fall. Er bestimme nur, daß die Reparationskommission den Gesamtbetrag der von Deutschland den Alliierten geschuldeten Summen festsetze. Man habe anscheinend geglaubt, der Versailler Vertrag lege Deutschland die Bedingung auf, daß die Reparationskommission den Gesamtbetrag der von den Verbündeten von Seiten Deutschlands zuzustehenden Summe festsetze und daß dann, wenn Deutschland nicht bezahle, die Verbündeten nach Frankfurt a. M. und Berlin marschieren sollten, um die Beiträge von Deutschland zu erzwingen. Das ist nicht wahr, und es war wichtig, daß das Publikum sich veranlagte, welches die genauen Worte des Vertrages seien.

Lloyd George ging nun daran, kurze Abschnitte des Vertrages anzuführen, um zu zeigen, welches die Aufgabe der Reparationskommission seien. Sie sollten hören, was die Deutschen zu sagen hätten, um abzuklären, was Deutschland zu bezahlen fähig sei, nicht mit einem Male, sondern von Zeit zu Zeit. Deutschland hätte das Recht, zu sagen, daß es aus diesen oder jenen Gründen nicht bezahlen könne oder zu sagen, daß ist alles, was wir bezahlen können. Die Reparationskommission hört die Aussagen an und urteilt dann danach. Das ist das Verfahren der Reparationskommission. Ich will nun nicht, fuhr Lloyd George fort, daß der Vertrag als so hart verstanden werde, daß er keine Rücksicht nehme auf die Verhältnisse in Deutschland, daß er nicht im geringsten auf Deutschlands Zahlungsfähigkeit Rücksicht nehme. Das ist nicht der Fall. Alle diese Umstände sind im Vertrag vorgesehen. Was ich verlange ist nur, daß, wenn man über den Versailler Vertrag spricht, man diese Tatsache gerechterweise erwähnen müsse. (Bei Redaktionschluss dauern die Verhandlungen an.)

Beiprächtung der deutschen Antwortnote.

Paris, 31. Mai. Havas veröffentlichte eine offenbar offizielle Mitteilung, wonach die Delegierten der verbündeten Mächte in der Reparationskommission heute vormittag offiziell zusammengetreten seien, um die gestern veröffentlichte deutsche Antwortnote zu prüfen. Obwohl die Beratungen vertraulich gehalten seien, scheint die Note vom 28. Mai einen ziemlich günstigen Eindruck auf die Kommissionsmitglieder gemacht zu haben. Da ihre Prüfung im Laufe des Vormittags nicht habe beendet werden können, würden die Delegierten heute nachmittag wieder zusammenzutreten und vielleicht auch heute abend eine offizielle Sitzung abhalten, um sich über die Einzelheiten der nächsten an die deutsche Regierung zu richtenden Note zu besprechen. Dieses Schriftstück, das den Eingang der letzten Mitteilung des Berliner Kabinetts bekräftigt werde, werde zugleich davon Kenntnis geben, ob angesichts der deutschen Anordnungen das Deutschland für das Jahr 1922 gewährte Moratorium aufrecht erhalten werde oder nicht. In dem Schriftstück würden vielleicht auch genaue Angaben in einer Anzahl von Punkten gefordert werden. Die Fassung dieser nächsten Note der Reparationskommission werde vielleicht erst in einigen Tagen endgültig feststehen. (W. Z. N.)

Die Reparationsanleihe gesichert?

Paris, 31. Mai. Wie der „Matin“ meldet, hat Morgen den französischen Ministerpräsidenten besucht. Die Anleihe an Deutschland könne als gesichert gelten. Sie wird hauptsächlich Anfang Juli zur Verfügung stehen. Morgen habe Poincaré angedeutet, daß die Anleihe zu vier Fünftel direkt den Alliierten angeschlossen werden müsse.

Kriegsfeindliche Agitation im französischen Heere.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Paris, 31. Mai. Eine Untersuchung, welche das Parquet der Seine anordnete gegen eine Anzahl bekannter Revolutionäre, hat ergeben, daß seit einigen Monaten eine ausgebreitete Agitation in den verschiedenen Kasernen und außerhalb derselben bei den Soldaten betrieben wurde, um sie zu einer Meuterei zu veranlassen, wenn von ihnen verlangt würde, daß sie an weiteren Kriegen gegen Deutschland teilnehmen sollten. Der Vord der Bewegung soll sich im Zentralbureau der revolutionären Vereinigung ehemaliger Kriegsteilnehmer befunden haben, wo eine Hausdurchsuchung abgehalten wurde. Die Führer sind, soweit sie entdeckt werden konnten, verhaftet. In einigen Kasernen wurden Broschüren gefunden, in denen den Soldaten vorgehalten wurde, daß sie im Einverständnis mit der ganzen Welt handeln würden, wenn sie den Militärischen nicht mehr folgten, falls diese nach Deutschland marschieren würden.

Einstellung der französischen Besatzungs-vorbereitungen.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Paris, 31. Mai. In einer Sitzung des Ministerrats, die am 28. Mai morgens stattgefunden hat, sind die vom Kriegsminister erteilten Befehle und Vorbereitungen für eine Ausdehnung der Besetzung im Rheinlande rückgängig gemacht worden. Der Beschluß des Ministerrats lautete dahin, daß die bereits abtransportierten Truppenverbände bis auf weiteres an den Orten verbleiben sollen, wo sie sich befinden. Die noch vorgesehenen Transporte haben zu unterbleiben. Die Truppen der aktiven Regimenter sind, wenn keine Gegenbefehle erfolgen, ab 2. Juni in ihre Garnisonen zurückzubringen. Dieser Ministerratsbeschluß darf in dem Sinne ausgelegt werden, daß im französischen Kabinett keine Mehrheit mehr vorhanden ist, welche die Pläne Poincarés unterstützt. Von diplomatischer Seite wird der Beschluß auf das Ergebnis der Generalratsitzung in Wien zurückgeführt, das seine Wirkungen bereits in der Kammer ausübte.

Nach zweimaligem Schiffsbruch segelt die deutsche Regierung auf einem mühsam zusammengepackten Floß wieder mit einem reichen hoffnungsgeblähten Segel auf dem Sturm bewegten Meer der Erfüllungspolitik. Im November vorigen Jahres brach mit der Erklärung unserer Zahlungsunfähigkeit das erste, unter dem Wirklichen Namen „Arbeit durch Arbeit“ gebaute Floß und doch innerlich morische Reparationspolitik zusammen, weil das politische Nachwort den Stürmen der Wirklichkeit, der mifshandelten wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht gewachsen war. Im März scheiterte das Promissoriumdrehtreibboot an dem Vernichtungswillen Poincarés, und heute wehrt sich der Reichstag nicht gegen den neuen Schiffsinn, obwohl er mit großer Mehrheit im März der Regierung lediglich insofern ein neues Mandat gab, als er ausdrücklich nur die abschließende Haltung der Regierung in der Frage der neuen Steuern und der Finanzkontrolle genehmigt hat! Dabei bilden eine weitere unübersehbare Zensurlast und die Preisgabe der deutschen Finanzpolitik die Kernpunkte des neuen freiwilligen Reparationsangebots der deutschen Regierung. Wie ist das möglich? Offenbar nur dadurch, daß man die Wirt-Anhänger einer klaren Stellungnahme entthront und dem Volk eine derartig lächerliche Komödie inszeniert, wie es in diesen Tagen im Reichstag geschehen ist.

Die Volkvertretung hat den Mißtrauensantrag der Deutschnationalen abgelehnt, und wer beschließen genug ist, mag aus dieser Tatsache ein indirektes Vertrauenstimmvolum herauslesen. Das ist bei uns üblich, scheint aber auch in anderen Demokratien Mode zu werden; denn Lloyd George hat den Fortbestand seiner Regierung auch auf derartigem indirektem Wege gesichert. Aber bei uns wird es ein Possenspiel, weil man die Frage, die heute einzig und allein zur Beratung stehen kann, systematisch ausgeschaltet hat. Der Reichstagler spricht nur über Genna, und niemand will ihm aus seiner dortigen Haltung einen Trick drehen. Dabei ist heute wie immer bei uns die Reparationsfrage die Schicksalsfrage. Sie aber wird mit dem Hinweis auf die schwebenden Verhandlungen abgetan. Die Note an die Reparationskommission, die die Grundlage für die neue Reparationspolitik bildet, ist bereits am Montag vormittag übergeben worden, sie hätte daher bei rechtzeitiger Veröffentlichung den Kern der Sache dessen politischen Anspruchs im Reichstag bilden müssen. Aber die Regie arbeitet. Inszeniert eine Nichtveröffentlichung der Note, angeblich auf Grund von Ententewünschen, für die gar kein Grund vorliegt, spielt das Theater von geheimnisvollen Ententefragen und verhindert damit eine Stellungnahme der an die Ausfühungsverantwortlichkeit gebundenen Parteien. Meisterhaft und doch so lässlich. Man könnte das Intrigant nennen. Ausgerechnet in dem Augenblick aber, in dem die politische Ansprache im Reichstag geschlossen ist, da niemand mehr zur Sache sprechen darf, erscheint am Dienstag abend die Note im Parlament. Viel weitergehend als man es vorher annehmen konnte, besonders in der so lange vollkommen verweigerten Frage der Finanzkontrolle. Die Note wird aber trotzdem noch rechtzeitig genug bekannt, um die auf Mittwoch vertagte Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag dem Unbegreiflichen als eine Billigung der neuen Reparationspolitik durch den Reichstag erscheinen zu lassen. Ein Spiel, über das jedes weitere Wort der Kritik überflüssig ist. Der Mißtrauensantrag ist abgelehnt. Niemand fragt danach, wie er gelaufen hat, berücksichtigt, daß wegen der Geheimnisräuber der Regierung nicht die schlichte Haltung Wirths in der Reparationsfrage, sondern nur die Art, wie die Verhandlungen in Paris geführt wurden, zur Entscheidung stehen konnte. Zweifellos wäre es dem Zentrum und den Demokraten bitter schwer gefallen, ihre Zustimmung zu der neuen Zensurlast und der Finanzkontrolle auszusprechen, nachdem sie beides im März noch kategorisch und mit Entrüstung abgelehnt hatten. Parteien können mit Rücksicht auf ihre Wählerchaft nicht in wenigen Tagen so starr umfallen, wie es der politische Bermandlungsminister Wirth im Hermes-Konflikt tat, können ihre grundsätzliche Mißbilligung nicht mit Rücksicht auf eine „Meberstimmung“ ins glatte Gegenteil verkehren. Wie schwer das ist, selbst wenn man noch so gern Meister Wirth durch die und dünn folgt, zeigt die wenn auch in der Form gewundene, so doch in der Sache recht mißbilligende Haltung des „Berliner Tageblattes“ und anderer Regierungsblätter gegen die deutschen Jugendskandale. Man bewahrt dem Ministerium Wirth so gern die Gesichtschaft, möchte aber eine klare Stellungnahme im Reichstag vermeiden, und so kommt dann so ein Wechselbalg von indirektem Vertrauenstimmvolum heraus, auf dessen tragischer Grundlage die Reichsregierung ihren neuen Erfüllungsfeldzug aufbaut, in der Hoffnung, daß die vorläufig noch märchenhafte Anleihe später eine bessere Plattform schafft.

Die Auslandsanleihe in „angemessener Frist“ ist die schäufstern angeführte Voraussetzung für den neuen Erfüllungswahnsinn, auf der sich die neuen Angebote aufbauen, Verpflichtungen, die aber zweifellos auch bestehen bleiben und durch „Sanktionen“ erzwungen werden sollen, wenn diese Anleihe entweder gar nicht kommt oder, wie es scheint, einen Tropfen an den heißen Stein bedeuten wird. Was wir versprechen, ist eine gewalttätige Einstellung der Inflation, eine wirtschaftliche Umwälzung, wenn man bedenkt, daß wir eine passive Zahlungsbilanz von drei bis vier Milliarden Goldmark jährlich haben; denn wenn nicht dieses Passivsaldo durch bare Geldgaben des Auslandes direkt oder durch deutsche Barausfuhr indirekt ausgeglichen wird, so bleibt es unerfindlich, wie wir die Poffol-